

Interview mit Prof. Albrecht Goeschel zur pad-Veröffentlichung „EU-Sozialpolitik: Formierung einer Klassengesellschaft der billigen Arbeit“

In der Reihe des „Ökonomischen Alphabetisierungsprogrammes“ ist soeben Ihre neueste Attacke auf den kapitalistischen Sozialstaat erschienen. Diesmal ist die EU-Sozialpolitik „dran“.

Na ja, wenn ich die ganzen „Guten Ideen“ lese, mit denen das linksakademische Diskursmilieu Europa gerne „anders“, „besser“, „gerechter“ und vor allem „sozialer“ machen möchte, d.h. durch die Regierungen gemacht sehen möchte, muss ich diese Idylle schon zumindest mit ein paar historisch-politischen Reminiszenzen stören.

Gebt das bitte irgendwie genauer ?

Aber sicher geht das genauer: Zunächst ist die ganze Europa-Kiste nicht zu trennen vom stufenweisen Untergang zuerst der italienischen und später der anglo-französischen und noch später der portugiesischen Kolonialökonomien in Afrika und Asien während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Und die ganze Europa-Kiste ist auch nicht zu trennen von der Errichtung eines Atomaren Sozialstaats in West-, Süd- und Nordeuropa durch die USA in Gestalt des NATO-Regimes.

Der Kalte Krieg in Europa wurde auf zwei Ebenen geführt: Über militärische Hochrüstung und über soziale Bestechung. Die Remilitarisierung West-Deutschlands wurde mit der Rentendynamisierung legitimiert. Wehrpflicht und Rentenreform waren die zwei Seiten der selben Medaille.

Aber wie bitte hängt das jetzt mit der Krise von Euro und EU zusammen ?

Tut mir ja so leid – aber wir müssen noch ein bisschen mehr „Erinnerungsarbeit“ leisten. Erinnern wir uns also: Die berüchtigte „Sozialunion“, die im Zuge des Anschlusses der DDR an die BRD installiert wurde, hätte selbst Halbblinden klar vor Augen führen können, wie sehr kapitalistische, vorzugsweise „sozialdemokratische“ Sozialpolitik Instrument eines neuen Imperialismus ist. Mit dem „Transfer“ des westdeutschen Sozialsicherungssystems in die ostdeutsche Gesellschaft und Wirtschaft wurde die Zerstörung der ostdeutschen Staatswirtschaft erst in dem Ausmaß möglich, wie sie dann praktiziert worden ist. Und nur mit diesem „Transfer“ konnte auch die Umwandlung von Gesellschaft und Wirtschaft der Ex-DDR in eine Konsumkolonie für die BRD finanziert werden.

Dabei war es natürlich sehr komfortabel, dass dieser „Transfer“ aus den Sozialbeiträgen, d.h. aus den Löhnen der „Arbeitnehmer“ in Westdeutschland finanziert wurde. Die sind dann zusammen mit einem Teil ihrer „Arbeitgeber“ vor den steigenden Sozialbeiträgen in die auf Westdeutschland konzentrierte wunderbare Welt der Minijobs geflüchtet.

Wirklich ein schöner neoliberaler Kollateralnutzen der Ausdehnung der NATO nach Osten – aber wir sind damit noch immer nicht bei der Euro- und EU-Krise und ihrer Instrumentalisierung für die Schaffung einer „Klassengesellschaft der billigen Arbeit“.

Ja, ich weiß schon – aber leider, leider zieht sich „Geschichte“ ja ab und an etwas länger hin als eine Talk-Show-Runde. Darum: Das zweite Mal, dass es mit Händen zu greifen war, welche üble Rolle kapitalistische Sozialpolitik tatsächlich spielt, war die sogenannte „Osterweiterung“ der EU.

Hier wurde jahrelang in allen möglichen Diskussionsforen, Strategiepapieren und Kommissionstexten ganz unverhüllt und unverschämt konstatiert: Die EU-Sozialpolitik, insbesondere die Etablierung des deutschen Sozialsicherungskonzeptes in den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften und Wirtschaften soll die Zerstörung der dortigen Staatswirtschaften und vor allem die „Individualisierung“ des Arbeitspotentials abfedern und fördern, den „Schock“ moderieren.

Sie schreiben in Ihrer pad-Veröffentlichung von der „Formierung einer Klassengesellschaft der billigen Arbeit“ und der zentralen Rolle der EU-Sozialpolitik hierbei.

Die von Berlin via Brüssel diktierte Austerity-Politik benutzt in der Tat die Euro-Krise, also die Finanz-, Banken- und Budgetkrise um die Realwirtschaft, die kapitalistische Mehrwertproduktion auf breiter Front wieder so richtig profitabel zu machen. Dazu gehört es, dass der ganze Sozialballast aus den Zeiten der Systemkonkurrenz

abgeworfen wird, die nationalen Klassenkompromisse aus dem Kalten Krieg aufgekündigt werden. Interessant ist nun, wie zwischen 2010 und 2012 erkennbar zwei unterschiedliche Strategien der Verbilligung und Entrechtung der Ware Arbeitskraft durch Zerstörung der nationalen Sozialordnungen entwickelt wurden. In den kerneuropäischen Volkswirtschaften mit ihren ausgebauten Sozialschutzsystemen wird diese Verbilligung und Entrechtung bürokratisiert und intransparent durch gesetzgeberische „Stellschraubenmanipulation“ erreicht. „Neben“-Löhne und Lohn-„Ersatz“, ja selbst der wundervolle „Mindestlohn“ bieten die Schleichwege. In den randeuropäischen Volkswirtschaften mit ihren wenig ausgebauten Sozialschutzsystemen geht dies brutal und ostentativ vor sich: Lohnsenkungen direkt, Sozialeinkommensenkungen direkt, Daseinsvorsorgeabbau direkt, Verkauf der Infrastruktur direkt etc. Nötigenfalls Polizeiterror auf den Hauptstraßen.

Die übliche Frage nach dem „Was tun?“ dürfte Ihnen verfrüht vorkommen. Ich frage daher lieber: „Was denken?“

So sehe ich das auch: Zuerst müssen diese schrecklichen Sprüche vom „New Deal für Europa“, „Marshallplan für Europa“, „Investitionsprogramm für Europa“ etc. aufhören. Das linksakademische Diskursmilieu hat in seinem heimeligen Partei- und Parlaments-Biedermeier offenbar schlichtweg vergessen, welche wundervolle Kombination von Welt-Krieg und Kalt-Krieg einerseits und Wirtschaftswachstum und Gewinnsteigerung New Deal und Marshallplan in Wirklichkeit waren.

Das Milieu hat so lange ohne jede Konkretisierung von Investitionen herum schwadroniert, bis ihm jetzt Wirtschaftsminister Gabriel den Gefallen tut und den diskreditierten Staat Versicherungskonzernen und Banken über PPP-Programme zur weiteren Ausplünderung übergibt. Und die Besetzung der politischen Hüpfburg „UmFairteilen“ wird auch noch gleich mitbedient: Es wird umverteilt. Halt vom Sozialbudget ins Militärbudget. Die Illusions-Keynesianer werden bekommen, was sie verdienen: Den üblichen und endlichen Rüstungs-Keynesianismus. Die GroKo arbeitet erfolgreich daran.



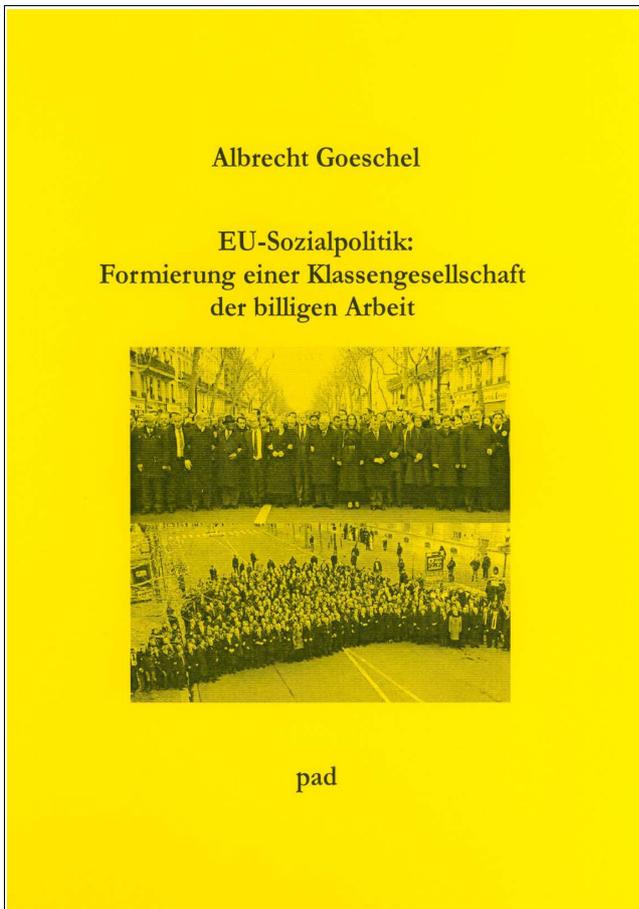
Prof. Albrecht Goeschel war Wissenschaftlicher Direktor der Studiengruppe für Sozialforschung / München und ist Mitglied des Präsidiums der Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona. Er ist internationaler Experte für Wirtschaftspolitik, Raumordnung und Gesundheitsversorgung. Albrecht Goeschel verantwortete zahlreiche Projekte im Bereich Regional-, Sozial- und Gesundheitswissenschaften.

Buchveröffentlichungen und Fachaufsätze gelistet unter:

<http://sowiportbeta.gesis.org/Search/Advanced>

Homepage: <http://prof-goeschel.com>

E-Mail: mail@prof-goeschel.com



Albrecht Goeschel

**EU-Sozialpolitik:
Formierung einer Klassengesellschaft
der billigen Arbeit**

62 Seiten, 5 Euro

Inhalt: 1. Berlusconi und Schwäbische Hausfrau (Italien: Familialismus bis in den Arbeitsmarkt - Deutschland: Zerfallsprodukte der Ehefamilie als Handelsware auf dem Arbeitsmarkt - Euro-Krise: Sozialpolitik als Instrument der Vereinheitlichung des Arbeitsangebotes und der Wertminderung der Arbeit) - 2. Zerstörung der europäischen Wohlfahrtsstaaten in der Euro-Krise (Wirtschaftsraum-erweiterung und Währungsanpassung: Grundmuster des atlantisch-pazifischen Kapitalismus - Raumordnung und Daseinsvorsorge als Europäisches Sozialmodell - Sparpolitik und Fiskalpakt zerrütten Europa - Deutsche „Reformen“ als Leitbild für die Lohnabsenkung und Nachfragedämpfung in der EU - Ökonomische Ungleichgewichte und die unterschiedliche Verwundbarkeit der Länder Europas durch die Austerity-Strategie - Rückkehr des Fluchtkapitals: Die nächste Krise in Vorbereitung) 3. Sozialpolitik als Instrument der EU-Ostschließung – und umgekehrt / Exkurs: Sozialprogramme und Satellitenstaatenbildung / 4. Deutsch-deutsche „Sozialunion“: Transferökonomie im Osten und Extraprofite im Westen (Krise der Industrieländer und der Weltwährung: Chance zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost durch Anschluss der DDR an die BRD - Exkurs: Budgetkrise in der BRD und Systemkrise in der DDR - De-Industrialisierung und De-Qualifizierung der ostdeutschen Wirtschaft: Voraussetzung für Extraprofite der westdeutschen Wirtschaft - „Solidarpakt“: Finanzierung der Extraprofite für die westdeutsche Wirtschaft aus den Arbeitslöhnen und den Sozialeinkommen - „Sozialunion“: Niedriglohnaufrüstung des neuen Deutschland durch Entkoppelung von Produktivität und Lohnniveau